

Mehr Geld für alpine Wege angekündigt

Die Forderung der alpinen Vereine nach mehr Geld für die Erhaltung von Wegen und Hütten findet offenbar Gehör. LH Günther Platter (ÖVP) kündigte eine Initiative an, die Grünen verweisen auf das Koalitionsabkommen und die Liste Fritz will die Förderungssumme verdreifachen.

Ende Juni haben sich der Alpenverein und die Naturfreunde mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit gewandt: Über kurz oder lang würden mit den derzeitigen Geldern Wege nicht mehr erhalten werden können oder Hütten zugesperrt werden müssen - mehr dazu in [Alpine Vereine fordern Geld für Weg- und Hüttenerhalt](#)

<http://tirol.orf.at/news/stories/2589695/> .

Platter will sich beim Bund für mehr Geld einsetzen

Platter hält am Dienstag in einer Aussendung fest, dass die alpine Wegeerhaltung für den Tourismus wichtig sei. Er rechnet vor, dass Alpenverein, Naturfreunde und Österreichischer Touristenclub vom Land etwa 100.000 Euro erhalten würden, vom Tiroler Tourismusförderungsfonds sei eine Förderung in der Höhe von 70.000 Euro beschlossen worden. Auch aus dem Bereich Waldschutz würden etwa 500.000 Euro für die Wegeerhaltung ausgegeben.

Platter will sich beim Bund für mehr Geld für die alpine Wegeerhaltung einsetzen, kündigte er in der Aussendung an.

Mair: Mehr Geld im Koalitionsabkommen vereinbart

Der Grüne Klubobmann, Gebi Mair, verweist darauf, dass im Arbeitsprogramm der ÖVP-Grünen-Regierung die Erhöhung der Mittel für alpine Infrastruktur, Hütten und Wege vereinbart sei. „Ich freue mich schon, wenn die alpinen Vereine mehr Geld bekommen können“, so Mair. Auch er richtet eine Forderung an den Bund: „Auch vom Bund braucht es deutlich mehr Geld für die alpinen Vereine“, sagt Mair in einer Aussendung.

Liste Fritz fordert auch gesetzliche Basis

Die Liste Fritz hält am Dienstag in einer Pressekonferenz fest, dass der Förderungsbeitrag des Landes zwischen 2001 und 2011 stetig gesunken und erst 2012 leicht angehoben worden sei. Klubobfrau Andrea Haselwanter-Schneider will den Beitrag des Landes von 100.000 Euro auf 300.000 Euro erhöhen. Außerdem bräuchten die alpinen Vereine für ihre Arbeit eine gesetzliche Basis. Erst ein Gesetz bringe diesen Vereinen Planungssicherheit über Jahre und macht sie unabhängige von eventuell gewährten Förderungen. Erst im Juni hätte die Liste Fritz einen Dringlichkeitsantrag zum diesem Thema im Landtag eingebracht.

Publiziert am 10.07.2013